

702 29-01-2014  
106 00-01

02.12.2014

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.1)

Herr Senator Horch trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2014/2619, betreffend

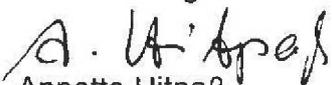
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 7.  
Mai 2014: "Unternehmensnachfolge und Migration", Drucksache  
20/11316,

vor.

Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

  
Annette Hitpaß



Berichterstattung:  
Senator Horch  
Senator Scheele  
Staatsrat Dr. Egert  
Staatsrat Porksen

TOP I. A  
B

Eing., 21. NOV. 2014

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2014/02619  
vom: 18.11.2014

**Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 7. Mai 2014: „Unternehmensnachfolge und Migration“, Drucksache 20/11316**

**A. Zielsetzung**

Die vorliegende Drucksache dient der Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens Drucksache 20/11316 vom 7. Mai 2014, das den Senat zur Entwicklung von Losungen im Hinblick auf die bessere Nutzung des Gründungsinteresses von Migrantinnen und Migranten für Unternehmensübernahmen auffordert.

**B. Lösung**

Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund spielen eine wichtige Rolle in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Hamburg. Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund, auch in der Form der Übernahme eines bestehenden Unternehmens, stellen einen wünschenswerten Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Integration dar. In Hamburg bieten etliche Institutionen und Initiativen Hilfestellung bei Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen. Beim Förderangebot für Existenzgründer und Existenzgründerinnen allgemein und speziell mit Migrationshintergrund nimmt Hamburg im Vergleich zu anderen Standorten in Deutschland mit einem Spitzenplatz ein. Das Netzwerk der Gründungsberatung für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund (einschließlich der Beratung bei Unternehmensverkäufen und Nachfolgeregelungen) ist in Hamburg anerkannt gut ausgebaut. Die Beratungsangebote zum Thema Unternehmensnachfolge können bei der Zielgruppe der Zugewanderten jedoch noch transparenter und bekannter gemacht und bedarfsgerecht weiter entwickelt werden.

**C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Keine.

**D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Keine.

**E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine.

**F. Auswirkungen auf:**

Familienpolitik

Klimaschutz

Inklusion

Bürokratieabbau

Gleichstellung

**G. Alternativen**

Verzicht auf die Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens.

**H. Anlagen**

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft.